

Die Revolte, der keine (Energie-)Revolution folgte

Autor(en): **Füglister, Stefan**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Energie & Umwelt : das Magazin der Schweizerischen Energie-Stiftung SES**

Band (Jahr): - **(2005)**

Heft 2: **30 Jahre Kaiseraugst-Besetzung : die Revolte, der keine (Energie-)Revolution folgte**

PDF erstellt am: **20.06.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-586314>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

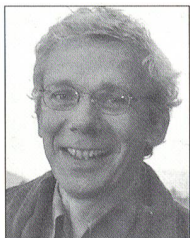
Die Revolte, der keine (Energie-)Revolution folgte

Daumendicke klebrige Lehmschichten unter den Schuhsohlen, der Mief von feuchten Zelten und Decken, schlafende Kinder an offenen Feuern – es gab Momente in den ersten Tagen, da glichen die Bilder vom besetzten Gelände in Kaiseraugst dem, was man sich unter einem Flüchtlingslager vorstellte.



Jubiläumstag der Besetzung in den 80er-Jahren auf der Ruine des Infopavillons.

Foto: Edi Gysin



Von Stefan Füglistner*

Es war kalt damals, im April 1975, der Boden gefroren, als die Besetzung begann. Wir waren nicht viele zu Beginn, vielleicht etwas über hundert, weil eben die Schulferien begonnen hatten. Eine gemischte Gesellschaft: Einige Frauen und Männer aus der Region, ein Bäcker, ein Bauer, Lehrer, ein selbständiger Kaufmann, PolitaktivistInnen, PazifistInnen, Junge und auch einige Alte. Eine Besetzerin notierte in ihrem Tagebuch: «Wir sind ein kleiner Haufen von Frauen und Männern, die meisten habe ich auch schon gesehen. Füsse vertreten, Arme schwingen und zwischendurch ein Blick in Richtung Strasse: was mag von dort kommen? Zuerst die Bauarbeiter. Wir werden sie von

ihrer Arbeit abhalten. Spannung: Was werden sie tun? Ein wenig Angst. Stolz von allem Anfang an dabei zu sein.» Nichts geschah. Das Erstaunen über die Untätigkeit der Behörden und der Polizei wuchs. Das hatten wir nicht erwartet. Das Medienecho war nicht überwältigend. Die Ungewissheit, wie wir die Situation einschätzen sollten, war gross, und wir hatten keine Ahnung, ob unsere Aktion und unsere Forderungen Gehör fanden in der Welt ausserhalb des Besetzungsgeländes.

Unzählige Menschen strömten nach Kaiseraugst

Trotz miserabler Wettervorhersage organisierten wir auf das Wochenende eine Kundgebung auf dem besetzten Gelände, klebten Plakate in den Dörfern, verteilten Flugblätter. Am Samstag regnete es in Strömen. Wir deckten

* Stefan Füglistner (53), damaliger aktiver Besetzer und Mitglied der Kerngruppe, heute Kampagnenleiter bei Greenpeace Schweiz.

den Brückenwagen mit einer Plane, um das Mikrofon zu schützen. Das Gelände versank im Schlamm. Innerlich richteten sich die meisten von uns auf einen würdigen Abschluss der Besetzung ein, mit einer kleinen, symbolischen Schlussdemo. Dann kamen am Samstagmorgen die ersten DemonstrantInnen per Auto aufs Gelände und berichteten, dass Züge, zum Bersten gefüllt, auf dem Weg nach Kaiseraugst waren. Wenig später sahen wir riesige Menschenkolonnen im strömenden Regen auf uns zukommen, endlos, mit Transparenten und Bannern. Schnell versammelte sich der Kern der Besetzer und die Initiatoren der Gewaltfreien Aktion Kaiseraugst (GAK) zu einer adhoc-Besprechung. Auf diese, in diesem Masse nie erhoffte Unterstützung, gab es nur eine Antwort: Wir blieben.

In den folgenden Wochen verwandelte sich das Zeltlager auf dem besetzten Gelände in ein Hüttendorf mit guter Infrastruktur: Schlafplätze, Gemeinschaftszentrum (Rundhaus) mit Küchen- und Restaurationsbetrieb, Kindergarten, Schreibstube, sanitäre Anlagen. Das Dorf wurde nachts von Freiwilligen – meist kräftigen Männern – aus den benachbarten Dörfern bewacht und vor Übergriffen geschützt (siehe Kasten «Der Ton war rau»).

Flugblätter schrieb man übrigens auf der Hermes Baby, Computer gabs noch nicht, und druckte sie mit Wachs- oder Schnapsmatritzen (Kopiergeräte gab es zwar schon, aber die Qualität auf dem speckig-glänzenden Papier war grauenhaft schlecht). Handys gab es keine, der Funkkontakt reichte knapp für einen Kilometer bis zum nächsten Bauernhof. Es herrschte der kalte Krieg, Oppositionsbewegungen wurden mit Vorliebe in die kommunistische Ecke gestellt.

Nicht nur strukturell, sondern auch ideell bildete sich nun ein neuer sozialer Organismus aus der Besetzung heraus. Tausende organisierten sich in Bürgerinitiativen und Unterstützungskomitees – in Basel mussten die Leute draussen bleiben, weil die Säle zu klein waren, um alle zu fassen. Diese Komitees schickten Delegierte nach Kaiseraugst, die täglich im Restaurant «Bahnhof» tagten. Sie und die nachfolgenden Vollversammlungen auf dem Besetzungsgelände fassten die Beschlüsse über das weitere Vorgehen. Eine Kerngruppe organisierte den Krisenfall und achtete darauf, im Falle einer Polizeiräumung sowohl von innen (auf dem besetzten Gelände) wie auch von aussen handlungsfähig zu sein und den Widerstand zu führen. Die gewachsene Bewegung war innert Wochen hoch strukturiert und organisiert. Die Besetzung wurde zur Trutzburg für ein anderes Demokratie- und Gesellschaftsverständnis, ein nationaler Kristallisationspunkt, ein Ort der politischen Auseinandersetzung.

Erfolgsfaktoren der Bewegung in Kaiseraugst

Wichtig für den Verlauf der Bewegung waren mehrere Faktoren: Bereits vor der Besetzung war die Debatte über die Gefahren der Atomenergie in Fachkreisen entfacht. Der Besetzung ging eine Informationsphase in der Region voraus. Die Gewaltfreie Aktion Kaiseraugst (GAK) schöpfte die legal beschränkten Möglichkeiten gegen den Bau des AKW aus und sondierte das Unter-

Der Ton war rau

Zwei Beispiele aus Plakaten und Flugblättern:

«Ausländische Extremisten unterwandern unsern Rechtsstaat im Sinne der Baader-Meinhof-Gruppe. Schmeisst sie raus! Schafft Ordnung in Kaiseraugst!» oder

«Wir räumen das besetzte Gelände von Kaiseraugst. Wir dulden keine Anarchistentreffen in unserer Gemeinde. Diese Rattenzucht muss endlich verschwinden. Ohne weitere Vorwarnung wird am Mittwoch 02.00 Uhr das Zeltlager mit Waffen aller Art beschossen. Ortsbürgerwehr Kaiseraugst.»

stützungspotenzial mit einer Probebesetzung ein Jahr vor Beginn der Bauarbeiten.

Die Angst vor materiellen Einbussen durch den Bau eines Atomkraftwerks trug zur Breite der Bewegung bei. Wie im benachbarten Elsass und Südbaden die Winzer und Landwirte, folgten in Kaiseraugst die Bauern den Aufrufen zur Besetzung. In der Nordwestschweiz fürchteten neben dem Rheinfelder Gewerbe (Badeort, Hotelierverein, Feldschlösschen) vor allem die Basler Bevölkerung negative Auswirkungen durch die Dampffahnen eines AKW. Das mag heute paradox klingen, aber damals war Luft und Wasser durch die Basler Chemie weiträumig verpestet. Man fürchtete sich vor einer weiteren schleichenden Bedrohung und Verschlechterung der Lebensqualität.

Exponenten der ausserparlamentarischen Linken trugen mit ihren Analysen des herrschenden Systems massgeblich zur politischen Bewusstseinsbildung und strategischen Ausrichtung bei. Die Breite der Bewegung, die Kombination von handwerklichem Anpacken (z.B. Bauern), Verhandlungsgeschick (z.B. lokale Politiker, Gewerbe) und ideologischem Scharfsinn war ausschlaggebend. Diese fragile Allianz hielt während der Besetzung zusammen. «Einheit macht stark» war die Losung. Danach kam es zwar zur Spaltung der Bewegung in die diversen Flügel (GAK mit eher ländlichen Bürgerinitiativen und Gagak als Konglomerat von eher städtisch-orientierten Bürgerinitiativen, Unterstützungskomitees und linken Organisationen), aber sie war nicht so tief greifend, dass man sich nicht mehr verständigen konnte. Selbst als Jahre später die Bewegung durch Sprengstoffanschläge auf Objekte der Elektrizitätswirtschaft auf die Probe gestellt wurde, weil Rechtspolitiker und Medien der Anti-Atom-Bewegung vorwarfen, sie habe damit dem Terrorismus den Teppich gelegt, selbst da liess sich die AKW-Gegnerschaft nicht auseinanderdividieren. Im Gegenteil: Die politische Überzeugung war dermassen gefestigt, dass die Ruinen des gesprengten Infopavillons in Kaiseraugst zum Symbol des gemeinsamen Widerstands wurden.

Forderungen der Bürgerinitiativen 1975

- Verbindliche Gesamtenergiekonzeption unter Berücksichtigung der ökologischen Grenzwerte unseres Lebensraumes.
- Meteorologische Oberexpertise über die in der Welt einmalige Konzentration von Atomkraftwerken in der Region Basel.
- Ein Konzept für die definitive Endlagerung der schwach-, mittel-, und hochradioaktiven Abfälle.
- Einen demokratischen Volksentscheid der betroffenen Bevölkerung über Atomkraftwerke.

Der Widerstand erlahmte nie

Der Widerstand blieb über Jahre, ja Jahrzehnte aufrecht und erlahmte nie. Die Besetzung alleine hätte wohl den Erfolg nie gebracht. Wie viel und wie lange brauchte es, dieses AKW zu verhindern! Heute mutet das beinahe unheimlich an und spricht Bände über die Starr- und Sturheit unserer politischen Machtträger. Kein Jahr ohne Demonstrationen und Unterschriftensammlungen für Initiativen und Referenden.

In dieser Atmosphäre brauchte es einen langen Schnauf. Und den hatten wir, aber auch die anderen. 1985 – zehn Jahre nach der Besetzung – erteilte der Nationalrat die Rahmenbewilligung für Kaiseraugst, eine Woche danach demonstrierten wieder über zehntausend Menschen in Kaiseraugst. Das politische Ende von Kaiseraugst war schlussendlich die Katastrophe in Tschernobyl 1986. Zwei Jahre später versüsste der Bundesrat den Verzicht auf Kaiseraugst mit einer staatlichen Entschädigung von 350 Millionen Franken für die Atomindustrie. Vater des parlamentarischen Vorstosses war der damalige Nationalrat Christoph Blocher. Aus Wirtschaftssicht war dieses «Einklinken», dieses Eingeständnis einer politischen Niederlage, wohl ein weiser Entscheid. Letztlich konnte einzig so die Option Atomenergie aufrechterhalten werden.

Was bewegte?

Neben den bereits erwähnten materiellen Interessen des lokalen Gewerbes und der Bauernschaft und der Chance eines praktischen Probefelds für revolutionäre Linke, war die Anti-Atom-Bewegung in Kaiseraugst in ihrer überwiegenden Mehrheit eine Bewegung der besorgten Mittelschicht, deren Skepsis gegenüber einer arroganten technik- und fortschrittsgläubigen Macht wuchs. Dies belegt der folgende Ausschnitt beispielhaft. Er stammt aus einer Rede, gehalten von einem Exponenten der

AKW-Bewegung während der Protestversammlung gegen den Entscheid des Nationalrats 1981: «Das AKW, das wir hier bekämpfen, steht für eine Welt der Zuwachsraten, für eine Welt der Ausbeutung der Natur und der Menschen, (...) eine Welt des sich Übervorteilens, (...) eine Welt, in der Machtgier und Profit regieren, in der nur das zählt, was man in Stundenkilometer, Prozent, Megawatt, Dollar oder Franken ausdrücken kann (...).»

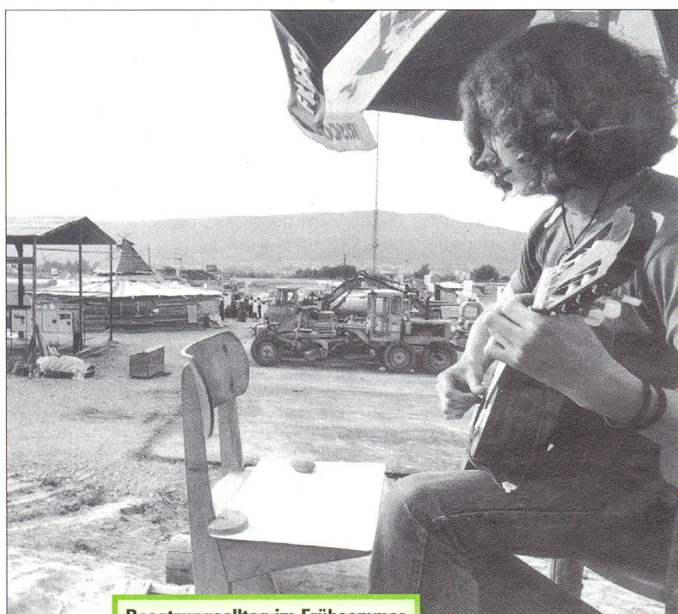
Vielleicht muss an dieser Stelle erwähnt werden, dass sich diese fortschrittskritische Haltung manifestierte, als die scheinbar grenzenlos prosperierende Wirtschaft erste Kratzer zeigte, und das kritische Buch «Grenzen des Wachstums» vom Club of Rome breite Diskussionen ausgelöst hatte.

Die atompolitische Diskussion

Die technischen Mängel der Atomanlagen, das Gefahrenpotenzial, das Wissen, dass radioaktive Abfälle nicht dauerhaft entsorgt werden konnten, wurde bereits vor der Besetzung in Fachgremien und eher traditionell politisierenden Gruppen wie dem Nordwestschweizer Aktionskomitee gegen Atomkraftwerke (NWA) diskutiert. Sie fanden anfangs der 70er-Jahre im Basler Parlament Eingang in Resolutionen gegen die geplanten AKW am Oberrhein. Eine eigentlich atomspezifische und energiepolitische Auseinandersetzung etablierte sich aber erst allmählich mit der Lancierung der späteren Volksinitiativen. Kaiseraugst blieb primär ein Symbol für ein anderes Weltbild und ein anderes Demokratieverständnis.

Versuch einer Zwischenbilanz

Die Kritik und die Forderungen waren moderater als heute, der Widerstand manifestierte sich aber entschiedener. Einige der Anliegen wie die Abstimmungsmöglichkeit über den Bau neuer AKW wurden inzwischen erreicht, andere, wie die Forderung nach meteorologi-



Besetzungsalltag im Frühsommer

Kameras in Position vor einer Wochenend-Vollversammlung auf dem Gelände





Führung für Besucher des besetzten Geländes

schen Oberexpertisen wurden von der Zeit überholt und viele Forderungen – etwa im Bereich Wiederaufarbeitung und Entsorgung von Atommüll verschärft oder konkretisiert (zu den Forderungen siehe Kästchen «Forderungen der Bürgerinitiativen 1975»).

Was sicher ist: Kaiseraugst stoppte den weiteren Ausbau der Atomkraft in der Schweiz und bewahrte die Schweizer Volkswirtschaft vermutlich vor milliardenschweren Fehlinvestitionen. Gebaut wurden nur noch Gösgen und Leibstadt, beide vor dem Aus für Kaiseraugst, die Baupläne der restlichen AKW verschwanden in der Versenkung.

Zudem stärkte die Bewegung in Kaiseraugst die atomkritischen und warnenden Stimmen aus Wissenschaft und Politik. Die Diskussion über die künftige Form der Energieversorgung kam durch die Besetzung in Gang, und die Auseinandersetzung über die Atomenergie spaltete die Gesellschaft in zwei, an der Urne praktisch gleich grosse Lager. Das weitere Schicksal der Schweizer Energiepolitik ist nach wie vor umstritten und ungewiss.

Indirekt führte die heftig geführte Kontroverse zu einer verstärkten Aufsichtspflicht der Behörden und zu Mehrinvestitionen in die Sicherheit. Trotzdem glaubt bis heute kaum jemand an die Ungefährlichkeit oder die technische Beherrschbarkeit der Atomtechnologie, auch wenn das Misstrauen nicht so manifest ist, dass man die Werke aktiv abschalten sollte. Leibstadt führt in regelmässigem Abstand vor, wie menschliche Mängel ein vermeintlich sicheres technisches System zu einem unsicheren machen. Zur Zeit liegt das AKW wegen Generatorschadens bis im Herbst still – was zum Schaden führte, ist unklar.

Glaube an Atomenergie nur noch scheinlebendig

Der Durchbruch für erneuerbare Energien und mehr Energieeffizienz ist allerdings trotz mehreren Versuchen nicht geschafft. Aber auch die Atompromotoren gelten

heute nicht als fortschrittlich, sondern eher als Feinde des Fortschritts.

Die Pionierphase der Atomenergie ist vorüber, der Glaube an nationale Programme nur noch scheinlebendig. Heute diktieren Ökonomen und machtorientierte Wirtschaftskapitäne die Energie-Agenda. Unter diesem Blickwinkel bleibt die Atomenergie eine Option, die man offenbar nicht aufgeben will, zumal die (finanz-)politischen Rahmenbedingungen günstig sind, die Branche um ihr Überleben kämpft und dank den Lobbyisten im Parlament immer noch als lieb Kind gehätschelt wird. Das macht die Finanzierung neuer Werke aus der eigenen Kasse der Gesellschaften denkbar, selbst wenn für Privatanleger das Risiko in Investitionen in die Atomenergie zu hoch bleibt. Dieses Jahr ist es 30 Jahre her, seit Kaiseraugst besetzt worden ist. Das Jubiläum war den Nordwestschweizer Medien viele Seiten wert. Die Fotos von damals hatte ich schärfer in Erinnerung – offenbar wächst die Unschärfe der Erinnerung mit den Jahren. Trotzdem bleiben da und dort Standpunkte unverrückbar. So erinnert sich etwa der Sektionsgründer der Aktion für eine vernünftige Energieversorgung (AVES) J.R. Gunzenhauser in der Basellandschaftlichen Zeitung: «Nun wurde Kaiseraugst besetzt. Den lahmen Linken, die noch Ahnung von Anstand und Respekt hatten, wurde eine neue politische Kultur anezogen. Komisch, dass sich anständige Bürger mit Kleinkindern und subventionierter Milch (Landwirtschaftliche Schule Ebenrain) der «GAKernden» Bewegung anschlossen. (...) Mein Fazit: Strom ist trotz jährlichen Mehrverbrauchs noch genug da, denn das Geld wurde anstatt in die KKW Graben und Kaiseraugst in französische KKW investiert. Die Schweiz hatte sich wieder von einer Zukunftstechnologie verabschiedet!»

Doch, irgendwie auch tröstlich, dieses entmutigte Zitat. Dabei schwingt meine Hoffnung mit, dass unsere Vorstellung einer Zukunftstechnologie – mit dem Prädikat Nachhaltigkeit und Erneuerbarkeit – den Durchbruch schaffen wird.